



LobbyControl · Am Justizzentrum 7 · 50939 Köln

Köln/Brüssel 31/05/2016:

Anwaltskanzleien boykottieren EU-Lobbyregister

Eine neue LobbyControl-Studie zeigt: Zahlreiche Anwaltskanzleien in Brüssel glänzen durch Abwesenheit vom EU-Lobbyregister, obwohl sie eindeutig Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen betreiben. Gleichzeitig ist die Mehrheit der untersuchten Kanzleien im verbindlichen US-Lobbyregister registriert.

Die neue Studie „Anwälte als Lobbyisten – ein undurchsichtiges Geschäft“, die LobbyControl gemeinsam mit seiner Brüsseler Allianz ALTER-EU veröffentlicht, erscheint pünktlich zum Abschluss der dreimonatigen „Öffentlichen Konsultation zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister“ der EU-Kommission. Jean-Claude Juncker hatte vor seiner Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten 2014 versprochen, das bisher freiwillige Register in ein verpflichtendes umzuwandeln, das alle Akteure einbezieht, die Lobbyarbeit bei den Europäischen Institutionen durchführen.

„Die EU-Kommission muss zur Kenntnis nehmen: Von einem verpflichtenden Lobbyregister, das alle Lobbyisten einbezieht, ist sie meilenweit entfernt“, erklärt Nina Katzemich, EU-Campaignerin bei LobbyControl und Autorin der Studie. „Wir zeigen in unserer Studie neun Fälle von Anwaltskanzleien, die das EU-Lobbyregister ganz einfach ignorieren, obwohl sie eindeutig Lobbyarbeit betreiben. In Wahrheit dürften es noch mehr sein.“

Die neun Beispiele illustrieren, dass Anwaltskanzleien in Brüssel mächtige Lobbyisten sind. Sie haben das juristische Know-How, um ihre Kunden über Probleme neuer politischer Vorhaben aufzuklären und werben unter anderem damit, EU-Regulierungen „zu navigieren und zu gestalten.“ Einige der beschriebenen Kanzleien machen in Brüssel Druck für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, unter anderem weil sie als Kanzleien bei Konzernklagen im Rahmen von Investitionsschutzabkommen viel Geld verdienen. Die Mehrheit der neun Kanzleien ist im verpflichtenden US-Lobbyregister eingetragen.

„Auch in den USA hat man ein rechtlich verbindliches Lobbyregister eingeführt, weil Anwaltskanzleien zuvor dem Register fernblieben. Die EU-Kommission wird dieses Problem ohne ein rechtlich verpflichtendes Register nicht in den Griff bekommen. Solange sich die mächtigen Anwaltskanzleien in Brüssel nicht eintragen, können EU-Kommission und Parlament das Register nicht verpflichtend nennen,“ erklärt Nina Katzemich.

In der vergangenen Woche hat sich die EU-Bürgerbeauftragte in einem Brief an die EU-Kommission zum EU-Transparenzregister geäußert. Neben vielen weiteren Vorschlägen betont auch sie, dass Anwaltskanzleien, die Lobbyarbeit betreiben, ins Register müssen und das Register langfristig eine rechtliche Grundlage braucht.

Die Studie finden Sie hier: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/studie-lc-lawfirms-deutsch-160531.pdf>

Kontakt:

Nina Katzemich, LobbyControl,
Email: nina.katzemich@lobbycontrol



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Am Justizzentrum 7 · 50939 Köln

Tel.: +49 (0)221 995 715 15
+49 (0)179 5093022

Die Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln, ALTER-EU, ist ein Netzwerk aus über 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften, das sich mit mangelnder Lobbytransparenz und ungleichen Zugängen zu den Entscheidungsträgern in Brüssel befasst. Wir sehen einen zu großen Einfluss von Unternehmensinteressen auf die politische Agenda. ALTER-EU setzt sich für ein verpflichtendes Lobbyregister, mehr Regeln für die Lobbyarbeit und gleichberechtigte Zugänge zu den Entscheidungsträgern ein.